

Dioxinskandal

Das Gift muss raus aus unserem Essen!

Andrea Hansen _ Quelle: www.spd.de - 11.1.2011



Seit dem 1. April 2009 ist die SPD-Politikerin Andrea Hansen Bürgermeisterin der Stadt Uetersen.

Andrea Hansen ist Bürgermeisterin der Stadt Uetersen. In einem Namensbeitrag auf spd.de fordert die Sozialdemokratin eine lückenlose Aufklärung des Skandals - und wirksame Konsequenzen. Dabei dürften die Kommunen nicht zusätzlich belastet werden, da die Politik der Bundesregierung Städte und Gemeinden an ihre finanziellen Grenzen gedrängt habe. Andrea Hansen:

Traurig, aber wahr: Wir essen Industriemüll. Dioxin im Fett, im Tierfutter, im Lebensmittel, im Menschen. So lautet die Nahrungskette. Das ganze Land ist empört über den jüngsten Skandal, auch wir in Uetersen sind es. Auch wir hier sind Verbraucher, und auch wir hier wollen, dass unsere Kinder gesund groß werden. Deshalb wollen wir wie alle Menschen in Deutschland, dass kein Gift in unser Essen gelangt. Aber da ist nun zusätzlich noch ein Imageschaden, der mit den täglichen Meldungen einher geht. Eigentlich will unsere kleine Kommune punkten als Rosen- und Hochzeitsstadt, durch gute Schulen mit einer neuen Mensa, durch Familienfreundlichkeit, Kultur und Natur in der Nähe Hamburgs. Das wird uns jetzt erschwert durch Praktiken in einer Milliardenbranche, in die viel zu selten hineingeleuchtet wird.

Jetzt darf nicht nur geredet, jetzt muss gehandelt werden

Die Enthüllungen treffen uns also doppelt. Trotzdem sind wir froh, dass etwas aufgedeckt worden ist, was aufgedeckt werden musste. Vertuschen, verschweigen, verharmlosen – das wäre schlimm. Weil dieser Skandal publik wurde, kann jetzt etwas nachhaltig unternommen werden für die Gesundheit der Menschen und die Qualität unserer Nahrungsmittel. Bisher folgte in der Vergangenheit auf die erste Aufregung oft wenig bis nichts. Das muss jetzt anders sein.

Was da wer genau zu verantworten hat, das werden die Staatsanwälte aufklären. Was sich jetzt ändern muss, bei den Kontrollen, in der Futtermittelherstellung, in der Massentierhaltung, in der Lebensmittelindustrie, in den Gesetzen, das ist Sache der Überwachungsbehörden und Parlamente. Aber dass sich etwas ändern muss, das ist uns allen klar. Wir in Uetersen werden es besonders laut und deutlich fordern von der Bundes- und Landespolitik. Jetzt darf nicht nur geredet, es muss gehandelt werden zum Schutz der Menschen. Der Fall ist auch ein Argument für einen starken, gemeinwohlorientierten Staat und gegen das Kaputtsparen: Wer im öffentlichen Sektor immer nur Stellen streicht, der

schwächt so auch die Kräfte, die im Interesse der Bürgerinnen und Bürger eingreifen müssen. 1500 Lebensmittelprüfer fehlen in Deutschland, sagt deren Berufsverband.

Industriemast kostet 50 Cent pro Hähnchen

Das Wort „Eigenkontrollen“ weckt bei mir wenig Vertrauen. Zertifizierte Verfahren in den Betrieben sind wichtig, aber die staatliche Aufsicht muss trotzdem verstärkt werden. Die Test- und Nachweispflichten der Hersteller und Erzeuger müssen lückenlos sein. Wir wollen, dass endlich schnell, wirksam und länderübergreifend kontrolliert und nachgewiesen wird, was in unserem Essen steckt. Komme niemand auf die Idee, hier den Kommunen zusätzliche Lasten ohne zusätzliche Schecks aufzubürden: Ohne Entschuldungshilfen geht vor Ort sowieso bald gar nichts mehr.

Was für eine Zumutung, für Mensch und Tier: Gerade mal 50 Cent ist das Futter wert, das ein Hähnchen während seiner Industriemast erhält. Dann ist es groß genug, um geschlachtet, als „Sonderangebot“ mit Gewinn verkauft und schließlich verspeist zu werden. Der jüngste Skandal um Dioxin-belastetes Tierfutter hat auch viel zu tun mit den Gesetzen der Massentierhaltung.

Neue Macht der Verbraucher

Wird jetzt gehandelt, dann gibt es bald eine neue Zeitrechnung - „vor Uetersen“ und „nach Uetersen“. Es müssen endlich wirksame Regelungen, Kontrollen und Strafen her – und eine neue Macht der Verbraucher und das Bewusstsein, dass wir eben nicht einfach alles aufessen, was billig auf den Ladentisch kommt. Nicht jedes Sonderangebot ist wirklich eines. Da sind wir als Verbraucher gefragt, unser Einkaufsverhalten zu überprüfen, denn auch wir können viel beeinflussen. Die Botschaft kann nur lauten: Werdet noch wachsamer und fragt nach, wie Eure Lebensmittel erzeugt werden!

So hat Uetersen – und mit uns das ganze Land - in diesen Tagen ein neues, großes Thema bekommen. Wir werden, in Kiel, Berlin und Brüssel, gesunde Lebensmittel einfordern müssen; für Europapolitiker gibt es da viel zu tun. Auch kommunal kann etwas bewegt werden: vor allem in den Köpfen. Ich werde zum Beispiel unserer lokalen Agenda-21-Gruppe vorschlagen, die Themen „Gift in Lebensmitteln“ und „Gesunde Ernährung“ zum Schwerpunkt ihrer Arbeit zu machen. Gerade dort, wo das Kochen und Selber-Zubereiten immer mehr verlernt wird, kann man mit wenig Aufwand viel erreichen.

So lang der Weg auch sein wird: Von Uetersen muss jetzt ein Signal der Umkehr ausgehen. Ich finde, wir sind dazu besonders verpflichtet.